

ÖDP – Die Naturschutzpartei – Wahlprogramm Mainz 2024

Liebe Mainzerinnen und Mainzer,

die ÖDP ist dank Ihrer Unterstützung seit nunmehr 20 Jahren im Mainzer Stadtrat vertreten. Wir stehen für eine Kommunalpolitik aus Überzeugung und mit persönlichen Überzeugungen. Was das bedeutet? Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben über Mainzer Sachthemen zur ÖDP gefunden, nicht über Parteibücher oder den Wunsch nach einer politischen Karriere. Zu unserer sachorientierten Arbeit gehört auch, dass die ÖDP keinerlei Firmenspenden annimmt. Hierdurch sind wir frei von jeder Einflussnahme durch Lobbyverbände. Viele Aktive der ÖDP sind oder waren Mitglieder in einer Mainzer Bürgerinitiative. Der Wunsch nach mehr direkter Bürgerbeteiligung und der enge Austausch mit den Mainzerinnen und Mainzern ist uns darum ein ganz natürliches Anliegen. Dafür steht das „D“ wie „Demokratisch“ in unserem Namen. Unsere ehrenamtliche Aufgabe verstehen wir als Auftrag, Politik für alle Menschen in Mainz zu betreiben. Unsere Grundüberzeugungen als Menschen, die in einer Ethik verwurzelt sind, die alles Leben achten, behalten wir dabei immer im Blick. Das bedeutet nicht nur, dass wir das „Ö“ für „Ökologisch“ in unserem Namen ernst nehmen. Wir stellen uns auch klar gegen jede Form von Extremismus, Fremdenhass oder Diskriminierung. Gemeinsam mit allen Menschen, die in unserer Stadt leben, wollen wir unser liebenswertes Mainz lebenswert gestalten.

Das Wahlprogramm wurde von der ÖDP-Mitgliederversammlung am 15. April 2024 beschlossen.

Ihr Dr. Claudius Moseler, Spitzenkandidat und Kreisvorsitzender der ÖDP

1. Nachhaltige Stadtentwicklung

Das Leben in der Stadt muss für alle zukunftsfähig, sozial gerecht und umweltfreundlich gestaltet werden. Bürgerbeteiligung in allen Planungsstadien gefordert.

Wir brauchen für Mainz eine ganzheitliche, vorausschauende Stadtplanung, die alle Kriterien des städtischen Zusammenlebens beinhaltet, ein städtebauliches Gesamtkonzept, das die Widerstandsfähigkeit der Stadt auch in Krisenzeiten gewährleistet. Daher muss sich aus unserer Sicht die Stadtplanung mehr den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger widmen, anstatt sich nach den Wünschen potenzieller Investoren zu richten. Im von der ÖDP geforderten Masterplan Stadtentwicklung 2040 sollen sämtliche Themenfelder aufeinander abgestimmt entwickelt werden. Darunter sind insbesondere die Siedlungsentwicklung für Wohnen und Gewerbe, die Entwicklung von Erholungs-, Naturschutz-, Frei- und landwirtschaftlichen Flächen sowie die Infrastruktur mit Blick auf Bildungseinrichtungen, Kultur, Verkehrsflächen, einer ökologischen Mobilität und einer klimaneutralen Energieversorgung zu berücksichtigen. Dabei sind für die einzelnen Sektoren nachhaltige Entwicklungschancen unter Berücksichtigung der gesteckten Ziele zum Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel, aber auch die Grenzen der Nachverdichtung und des Stadtwachstums an sich aufzuzeigen. Flächensparen muss zu einem vorrangigen kommunalpolitischen Ziel erhoben und konsequent verfolgt werden. Daraus erfolgt auch eine dringend notwendige Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Gerade im Hinblick auf die Entwicklung von Mainz als Biotechnologie-Standort braucht die Stadt eine Gesamtstrategie statt kleinteilige Einzellösungen und grundsätzlich eine Intensivierung der Kooperation mit dem Umland und der Region.

- Die ÖDP befürwortet die Innenentwicklung der Stadt und möchte das Wachstum nach außen in die freie Landschaft begrenzen. Hierbei müssen in erster Linie Brach- und Konversionsflächen genutzt werden. Eine Nachverdichtung bestehender Wohnsiedlungen zulasten von Grün-, Aufenthalts- und Spielflächen lehnt die ÖDP ab. Um aus diesem Blickwinkel eine geordnete

Innenentwicklung zu gewährleisten, müssen möglichst flächendeckend Bebauungspläne aufgestellt werden um eine ökologische Steuerung zu gewährleisten.

- Neue Stadtquartiere sollen dem Grundsatz des kompakten, flächensparenden, gemeinschaftsfördernden und ökologischen Bauens verpflichtet sein.
- Neue Wohngebiete am Stadtrand würden nur kurzfristig eine Lösung für den Wohnungsmangel bieten. Langfristig betrachtet stellen sie uns vor ökologische und soziale Herausforderungen. Die zunehmende Versiegelung von Flächen führt zum Verlust von Grün- und Freiräumen, die für das Stadtklima und die Biodiversität von entscheidender Bedeutung sind. Zudem besteht die Gefahr, dass der Charakter und die Identität bestehender Gemeinschaften in den Stadtteilen durch großflächige Neubauprojekte verändert werden.
- Als Alternative zum weiteren Ausbau städtischer Wohngebiete schlägt die ÖDP vor, das Wohnen auf dem Land zu fördern. Durch die Stärkung ländlicher Gemeinden können wir dem Trend der Landflucht entgegenwirken und gleichzeitig zur Entlastung der städtischen Infrastruktur beitragen.
- In Wiesbaden soll ein riesiges Neubaugebiet Ostfeld/Kalkofen mit Wohn- und Gewerbegebieten entstehen. Das Ostfeld/Kalkofen ist aber ein wertvolles Kaltluftentstehungsgebiet und eine Frischluftschneise. Das Gebiet versorgt ganz AKK bis hin nach Mainz (Altstadt und Neustadt) mit Frischluft. Daher positioniert sich auch die Mainzer ÖDP gegen dieses Projekt.
- Wir befürworten die Umwidmung von Gewerbegebieten in Mischgebiete. Dort ist die Infrastruktur und das Potenzial für Nachverdichtung z.B. durch Aufstockungen oder das Überbauen von PKW-Abstellflächen vorhanden. Die Überarbeitung der betreffenden Bebauungspläne sollen klimawirksame Auflagen für angemessene Begrünungsmaßnahmen und Verbindungsachsen für Rad- und Fußverkehr beinhalten.
- Bei Wettbewerben mit städtebaulich-architektonischer Zielsetzungen im unbeplanten Innenbereich soll vor dem Beschluss über den Auslobungstext eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden - analog dem Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Gleiches gilt für das Verfahren im Vorfeld der Entscheidung über die Realisierung des Entwurfs eines Wettbewerbsteilnehmers.
- Die im Planungs- und Gestaltungsbeirat zu erörternden Tagesordnungspunkte müssen rechtzeitig öffentlich bekannt gegeben werden. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern muss in den Beiratssitzungen Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem jeweiligen Bauvorhaben zu äußern.

2. Lokale Landwirtschaft

Die ÖDP fordert ein Bewusstsein für den Schutz unserer Böden und für die Notwendigkeit ausreichender Ackerflächen zur regionalen Nahrungsmittelproduktion.

Gesunder Boden ist eine Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Intakter Boden ist kaum erneuerbar und steht damit nur begrenzt zur Verfügung. Wir setzen uns für die Förderung von ökologischer Landwirtschaft und regionalen Produkten ein. Die lokale Landwirtschaft ist ein entscheidender Bestandteil einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Nahrungsmittelversorgung. Sie kann die Abhängigkeit von industrieller Produktion und langen Transportwegen verringern. Als Teil der lokalen Wirtschaft trägt sie zum Umweltschutz und zur Gesundheit der Bevölkerung bei.

- Landwirte dürfen nicht durch neu ausgewiesene Baugebiete in immer entferntere Bereiche verdrängt werden. Ernährungssicherheit ist systemrelevant. Fruchtbare Ackerland, ertragreiche Böden wie z. B. an der Saarstraße müssen geschützt und dürfen nicht Investoreninteressen geopfert werden.
- Die Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass die im Flächennutzungsplan als Vorrangflächen für die Landwirtschaft festgesetzten Gebiete als solche geschützt und keine variable Verhandlungsmasse sind.
- Zur Unterstützung der Landwirte bei Problemen mit Obstdiebstahl und Vermüllung der Felder muss der Feldschutz mit weiteren Stellen verstärkt werden.
- Wir unterstützen die Einrichtung von Wochenmärkten in allen Mainzer Stadtteilen

3. Verkehr

Stärkung des ÖPNV – barrierefreier Zugang – enge Taktung – kostengünstige Tarife – Verbund mit Umland

Durchgängiges Radwegenetz – sicheres Fußwegenetz mit höchster Priorität - Regeln für E-Roller

- Der ÖPNV ist nicht nur eine tragende Säule der Daseinsvorsorge, sondern auch ein Mittel zur Verbesserung der Luftqualität. Die Attraktivität des ÖPNV hängt ab vom Ausbau des innerstädtischen Netzes und der Vernetzung mit dem Umland, einer engen Taktung der Abfahrzeiten vor allem zu den Stoßzeiten sowie der Reduzierung der Kosten für die Bürgerinnen und Bürger.
- Die ÖDP fordert, dass es für alle Menschen möglich wird, barrierefrei, öffentlich, zeitnah und zukunftsfähig alle öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen.
- In der Stadtverwaltung soll eine neue Personalstelle für einen Mobilitätsmanager geschaffen werden. Er soll dafür sorgen, dass die Verkehrsarten des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, fußläufig, Car-Sharing) gestärkt werden und die für diese Verkehrsmittel vorhandene Infrastruktur instandgehalten und erweitert wird. Wir brauchen mehr fußgängerfreundliche Straßenführungen, Ampelschaltungen und kurze direkte Wege. Sämtliche Fußwege sind hierauf systematisch zu überprüfen und zu verbessern. An Verkehrsstraßen sollen die unterbrochenen Grünphasen für Fußgänger durchgängig geschaltet werden.
- Die Sicherheit der Fußgänger muss höchste Priorität haben. Wir setzen uns für eine klare Trennung von Fußgänger- und Radverkehr ein. Verkehrsverstöße durch Rad- oder Rollerfahrer in Fußgängerzonen und auf Gehwegen sollen konsequent geahndet werden.
- Wir brauchen sichere, durchgehende und ausreichend dimensionierte Radwegenetze sowie überregional die Einrichtung von Radschnellwegen.
- Das neue E-Tretroller-Vermietungskonzept ist ein erster Schritt zur Regulierung des Abstellens von E-Scooter im Stadtgebiet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelung für das gesamte Stadtgebiet gelten wird (Abstellflächen).
- In den Mainzer Stadtteilen, vor allem in den Wohngebieten, muss Tempo 30 km/h auch durch verstärkte Kontrollen eingehalten werden. Durchgangsverkehr soll unterbunden werden. Der Schwerlastverkehr ist besonders aus den engen Ortskernen der Vororte und aus Wohnstraßen herauszuhalten.

- Mainz ist durch Pendler aus dem Umland stark frequentiert. Ein attraktiver und zuverlässiger ÖPNV ist daher essenziell für den Wirtschaftsstandort. Daher muss der Ausbau von Bus- und Straßenbahn konsequent weiter in die Nachbargemeinden geführt werden. Um die Attraktivität für Pendler zu steigern, müssen Bus- und Bahnanbindungen im engen Takt fahren. Es müssen Pünktlichkeit, günstige und attraktive Tarife und ein gleiches Versorgungsniveau für alle umliegenden Gemeinden gewährleistet sein. Wir setzen uns für eine passende Abstimmung der Fahrpläne vom regionalen Bahn- und Busverkehr mit den Fahrplänen der Stadtbusse und Straßenbahnen ein.
- Zusätzlich setzen wir uns für den Bau von Park-and-Ride-Anlagen in den größeren Gemeinden Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer Stadtverkehrs ein. Der motorisierte Individualverkehr in der Innenstadt muss mittelfristig deutlich reduziert werden.
- Das Ausdünnen von Verkaufsstellen und Fahrkartenautomaten und die Einführung des digitalen Fahrkartenverkaufs in Bussen und Straßenbahnen trifft besonders mobilitätseingeschränkte Personen, aber auch Ortsfremde und Menschen, die die deutsche Sprache wenig oder gar nicht beherrschen, hart. Ein kommunales Unternehmen muss sich der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer verpflichten. Die Mainzer Mobilität muss ein für alle attraktives System anbieten, das zum einen unkompliziert, für alle Nutzer gut verständlich und auch barrierefrei zugänglich ist. Zur Nutzerfreundlichkeit sollen die Fensterflächen der Busse und Straßenbahnen von Werbeaufklebern freigehalten werden.
- Haltestellen müssen modernisiert werden. Sie sollen nicht nur zum Schutz vor Niederschlägen, sondern auch zum Schutz vor Wetterextremen, insbesondere gegen Hitzebelastung angemessen ausgerüstet sein. Wir setzen uns für die zügige Begrünung der bestehenden Unterstände ein.
- Zur Stärkung und dem konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss die Struktur der Finanzierung der Mainzer Mobilität durch die Stadt Mainz überprüft und neu aufgestellt werden.
- Zur Verminderung innerstädtischer Verkehrsstaus muss die Koordinierung von Baustellen intensiviert werden.
- Beschädigungen der Verkehrswege, insbesondere der Fuß- und Radwege sind umgehend zu reparieren.
- Wir lehnen den 6-spurigen Ausbau der A60 vom Dreieck Mainz bis zum Kreuz Mainz-Süd ab. Ein 4-spuriger – nach den heutigen Sicherheitsanforderungen und dem Verkehrsaufkommen erforderlicher – Ausbau würde genügen.
- Die A60 muss vor Marienborn tiefergelegt werden, da 9 bzw. 5 Meter hohe Lärmschutzwände die Frischluftzufuhr nach Bretzenheim, den Wildgraben und weiter in die Stadt gefährden. Das Klimagutachten aus dem Jahre 2012 zum Ausbau der A60 weist auf bereits jetzt bestehende und durch den drohenden Ausbau weitere negative Auswirkungen hin. Bei diesem Gutachten hat man außerdem eine Bewertung der Mikroklimaveränderung des Wohngebiets Am Sonnigen Hang nicht vorgenommen, oder vielleicht sogar bewusst vermieden. Da ohnehin ein neuer Bedarfsplan für diesen Bauabschnitt erstellt werden muss, sollte ein umfassendes Klimagutachten erstellt werden, das auch die Barrierewirkung der Lärmschutzwände und das Mikroklima Am Sonnigen Hang analysiert.
- Die Geschwindigkeiten auf allen Autobahnabschnitten auf dem Mainzer Ring müssen auf 80 km/h gesenkt werden, es sei denn die Lärmschutz-Grenzwerte werden nicht überschritten. Die Stadt Mainz kann in ihrem Lärmaktionsplan nach Entscheidungen des Verwaltungsgerichts

Mainz und des Oberverwaltungsgerichts Koblenz dies verbindlich von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde fordern.

4. Lebenswerter Stadtraum – Stadtnatur - Stadtklima

Wir setzen uns für den Schutz und Erhalt von Grünflächen und natürlichen Lebensräumen der Stadt, ein effizientes Baumschutzkonzept und eine restriktive Flächennutzungsplanung ein.

- **Ein Grünflächenkonzept soll die bestehenden Grünflächen vor Bebauung sichern, ihre zeitgemäße Gestaltung sowie Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die dem Wachstum der Einwohnerzahl und den Anforderungen des Klimanotstands gerecht werden.**
 - **Die Stadt muss mit dem eigenen Umgang mit der Stadtnatur, z. B. dem Schutz des Baumbestands oder der Begrünung eigener Liegenschaften eine Vorbildfunktion übernehmen.**
 - **Wir setzen uns für die Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung in Schulen und Kindergärten ein.**
 - **Wir fordern dringend eine Klimaanpassungsstrategie, ein Hitzewarnsystem und eine Leitstelle zur Koordination der unterschiedlichen Akteure und Maßnahmen.**
-
- In einer lebenswerten und zukunftsfähigen Stadt müssen für die Aufenthaltsqualität und verschiedene ökologische Funktionen Grünflächen und Freiräume in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Mit dem Klimawandel ist bereits jetzt schon eine eindeutige Zunahme an klimatischen Extremen zu verzeichnen und es wird in den kommenden Jahrzehnten noch ungemütlicher werden. Das betrifft nicht nur Hitzewellen, sondern auch starke Regengüsse. Laut einer Untersuchung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherer (GDV) zum Versiegelungsgrad der 50 einwohnerstärksten Großstädte liegt Mainz auf Platz 21. Jedoch die Zahl der Einwohner in Mainz wächst, und damit einhergehend wurden in der Vergangenheit Grün- und Freiräume reduziert und im Rahmen jüngerer Baumaßnahmen etliche Bäume gefällt (Peter-Härtling-Schule, Mombacher Schulzentrum Lemmchenschule, geplant: Mombacher Straße) und neu gestaltete öffentliche Flächen weitgehend versiegelt, wie z. B. das „steinerne Ufer“ auf der Südmole am Zollhafen, der Münsterplatz, der Außenbereich des Leibniz-Zentrums für Archäologie, der Eingangsbereich des Unicampus an der Albert-Schweitzer-Straße, die Neugestaltung der Boppstraße und etliche neu gestaltete Quartiersplätze. Das muss nicht sein.
 - Wir wollen die Mainzer Naherholungsgebiete besser schützen und vernetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass weitere Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiete ausgewiesen werden. Besonders zu schützen sind der Ober-Olmer Wald, der Höllenberg, das Gonsbachtal, der Lennebergwald, der Mainzer Sand, das Rheinufer, der Weisenauer Steinbruch und die Streuobstwiesen an der Bretzenheimer Ziegelei. Auch bestehende Grünanlagen, z.B. der Grüngürtel zwischen Weisenau und der Oberstadt und der Hartenbergpark, sind zu schützen und dürfen baulich nicht weiter angetastet werden. Das Rheinufer muss soweit möglich entsiegelt und mit Bepflanzung durch weitere schattenspendende Bäume aufgewertet werden.
 - Wir setzen uns für die zügige Entwicklung eines Grünflächenkonzepts ein, das dem Wachstum der Einwohnerzahl gerecht wird. Es soll die Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der

Mainzer Grün- und Freizeitflächen und deren durchgängige Vernetzung aufzeigen. Es soll den Bestand schützen, qualitativ aufwerten und an die Anforderungen des Klimawandels angepasst werden. Der Landschaftsplan muss verbindlich in den Flächennutzungsplan der Stadt Mainz integriert werden. Daher brauchen wir einen neuen Flächennutzungsplan für Mainz anstatt einer ewigen Fortschreibung.

- Eine Aktualisierung der Baumschutzsatzung muss mit strengeren Regeln den Baumbestand schützen. Bautätigkeiten müssen sich am Baumbestand und den vorhandenen Grünstrukturen orientieren. Hier muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Baumschutz darf nicht nur für Privatpersonen gelten, sondern auch für die Stadt Mainz und ihre Projekte.
- Für den Umbau zur Schwammstadt, d. h. eine konsequente Entsiegelung und Begrünung der Stadt ist aus unserer Sicht höchste Eile geboten. Ziel ist es, das Stadtgebiet gegenüber dem sich verändernden Klima resilient zu machen und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Daher ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich zum einen die Parameter für Wettbewerbe und die Aufträge an Architekten und Landschaftsplaner konsequent nach den Anforderungen für eine gesunde und klimaresiliente Gestaltung der Freiräume auszurichten. Zum anderen müssen alle versiegelten Flächen, auch die aus jüngster Zeit, überplant und konsequent zurückgebaut werden.
- Flächenpotenziale zur Begrünung lassen sich vor allem auch durch Einsparung und Rückbau überdimensionierter Verkehrsflächen gewinnen. Hierzu sind neue Verkehrskonzepte notwendig. Mit der Strategie doppelter Innenentwicklung, d. h. einer baulichen und zugleich einer grünen Entwicklung, können auch in kompakten und funktionsgemischten Städten ausreichend Grün- und Freiflächen entstehen. Hierbei soll das Augenmerk auf eine qualitative Aufwertung des städtischen Grünanteils gelegt werden. Eigentümer müssen durch Beratung und geeignete Förderung zur Begrünung von Wänden und Dächern angeregt werden. Wir wollen erreichen, dass in der Sommerhitze jeder innerhalb von höchstens 10 Gehminuten einen Schattenplatz erreichen kann. Dafür brauchen wir gut vernetzte Grünräume mit ausreichendem großkronigem Baumbestand.
- Wir lehnen die Bebauung unserer Frischluftschneisen, wie z. B. durch die aktuell geplante zusätzliche Erweiterung für das geplante Biotechnologie-Gewerbegebiet an der Saarstraße ab. Die Zufuhr von Kalt- und Frischluft in die Stadt, nach Bretzenheim und Gonsenheim ist bereits durch den Bau des Stadions, die Bebauung am Kisselberg und auf dem Hochschulerweiterungsgelände gestört. Jede weitere Bebauung würde diese Beeinträchtigung weiter verstärken. Wir sehen jetzt schon, was die Auswirkungen des immer schneller fortschreitenden Klimawandels für die Stadt Mainz bedeuten: Unwetter, Hitze, Dürre. Damit einhergehend auch Preissteigerungen für Obst und Gemüse, wenn andernorts die Ernten ausfallen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass künftig die Umsetzung der Auflagen zur Begrünung aus Grünsatzung, Bauscheinen und Bebauungsplänen einem Monitoring unterzogen werden. Leider ist festzustellen, dass manche Auflagen nur halbherzig umgesetzt, nicht ausreichend gepflegt oder die Anpflanzungen nach Abgang nicht mehr ersetzt werden. Das gilt insbesondere für die stadteigenen Liegenschaften wie z. B. die Betreibergesellschaft der Parkhäuser, die es seit 8 Jahren nicht geschafft hat, den City-Port gemäß den Auflagen des Bauscheins wieder zu begrünen.
- Die Grünsatzung der Stadt muss weiter fortgeschrieben werden. Sie muss durch Regelungen für den Bestand ergänzt werden. Das gilt im Besonderen für die bestehenden Gewerbegebiete. Die Begrünung der riesigen Dachflächen bietet sich als Ausgleich für die Versiegelung geradezu an.

- Nachdem die Themen Hitzeaktionsplanung und Klimaanpassungsstrategien seit 2018 immer wieder, vor allem von unserer Fraktion, auf die Tagesordnung gesetzt wurden, ist bis heute immer noch nichts passiert. Trotz Beschluss zum Klimanotstand und ausreichender Aufklärung hat die Ampelkoalition zusammen mit CDU über Jahre hinweg konkrete Beschlüsse torpediert. Der Mainzer Stadtrat beschloss am 21.09.2022, dass „dezernatsübergreifend und in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Mainz-Bingen rechtzeitig vor der nächsten Hitzeperiode im Frühjahr 2023 ein handlungsleitendes Konzept in Ergänzung der KLIMPRAX Ergebnisse und unter Einbeziehung des Hitze Knigge des Umweltbundesamtes“ erarbeitet wird (Änderungsantrag 1348/2022/3 der Ampel-Fraktionen). Eine Information in den Ausschüssen und damit ein Ergebnis für diese entsprechenden Klimaanpassungsstrategien blieb bisher aus.
- Wir setzen uns für die Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz und Klimaanpassung“ zur Koordinierung der Folgen des Klimawandels sowie die Steuerung des „Klimanotstandes“ im Hauptamt ein.
- Wir setzen uns für die Einrichtung weiterer Planstellen für ein Klimaschutzmanagement ein (sowohl zusätzliche Stellen im Umweltamt als auch mindestens je eine Stelle in allen anderen betroffenen Ämtern). Dieses kann die stadteigenen und stadtnahen Gesellschaften darin unterstützen, die Energieeffizienz der städtischen Gebäude zu verbessern. Es kann Bürgerinnen und Bürger für ihre Rolle im Klimaschutz sensibilisieren, einzelne Maßnahmen unterschiedlicher Akteure effizient koordinieren, gezielt Fördermittel zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten akquirieren, oder kommunale Entscheidungsträger objektiv beraten.
- Wir setzen uns für die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsmanagements mit den dafür erforderlichen Stellen ein mit dem Ziel, nachhaltige Entwicklungsziele zu fördern und umzusetzen. Dieses kann Strategien zur Integration von Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit, Wirtschaftsentwicklung oder Klimaschutz, aber auch nachhaltigen Beschaffungs- und Abfallmanagement entwickeln, untereinander koordinieren und überwachen. Es stellt sicher, dass die Verwaltung alle relevanten Umweltvorschriften einhält und erstellt.
- Wir setzen uns ein für den Aufbau eines wirkungsvollen Feld- und Naturschutzes (u.a. für Laubenheimer Ried, Mombacher Rheinufer, Lennebergwald, Layenhof, Ober-Olmer Wald, Höllenberg und den Landschaftsschutzgebieten) mit 8 Planstellen. Wir setzen uns für eine stärkere Kontrolle der Schutzgebiete und Optimierung der naturschutzfachlichen Pflege ein.

5. Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz

Wir setzen uns für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung, für transparente Entscheidungsprozesse, für mehr Kompetenzen für die Ortsbeiräte, für Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein.

Stellenbesetzungen nach Kompetenz und nicht nach Parteibuch.

- Ein langjähriges Anliegen der ÖDP, der Bürgerbeteiligungsprozess zu den verschiedenen Projekten der Stadt wurde inzwischen in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung geregelt. Er darf aber nicht den politischen Diskurs ersetzen. Die frühzeitige Information bzw. eine entsprechende Projektliste – inzwischen online – soll eigentlich für mehr Transparenz bei kommunalen Projekten sorgen. Dass der Anspruch an Transparenz und Beteiligung aus den Leitlinien jedoch noch immer nicht zufriedenstellend umgesetzt wird, zeigen die jüngsten Planungen in Mombach, Finthen und in der Mombacher Straße, die jeweils gravierende Baumfällungsmaßnahmen vorsehen ohne die betroffenen Bürger rechtzeitig in die Planungen einbezogen zu haben. Es reicht nicht aus, Termine und Themen ausschließlich auf der Website

der Stadt, im Amtsblatt oder in einer Tageszeitung anzukündigen, sondern es muss auch aktiv über zeitgemäße Kanäle informiert werden, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Es muss nachvollziehbar und rechtzeitig über die Beschlüsse der Gremien informiert werden, auch um die Möglichkeiten für einen Bürgerentscheid zu sichern. Transparenz und Kommunikation mit der Bürgerschaft und mit den Bürgerinitiativen sind für das Gelingen einer Bürgerbeteiligung entscheidend. Eine Bürgerversammlung, in der ab und zu über den Prozess berichtet wird, reicht nicht aus.

- Wir sehen es als einen großen Fehler an, dass die Bürgerinitiativen an der Entwicklung der Leitlinien gezielt nicht beteiligt wurden. Viele Abläufe und Projekte in unserer Gesellschaft würden ohne ehrenamtliches Engagement überhaupt nicht existieren oder in bisher gewohnter Weise funktionieren. Daher sollte die Stadt ehrenamtliche Angebote grundsätzlich hegen und pflegen und eine klare Wertschätzung für diesen Einsatz vermitteln. Mainz sollte alles daransetzen, bürgerschaftlich engagierte Menschen oder Vereine nicht in die Rolle lästiger Bittsteller zu drängen.
- Wir fordern die Einführung des Kommunalen Bürgerhaushalts, damit die Mainzerinnen und Mainzer in der Ausgabenpolitik der freiwilligen Leistungen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mitbestimmen können.
- Die Ortsbeiräte brauchen mehr Kompetenzen. Sie müssen den Ausschüssen des Stadtrates gleichgestellt werden, um Projekte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort realisieren zu können. Stadtverwaltung und Stadtvorstand müssen auch die Ortsvorsteher stärker in Verwaltungsabläufe einbinden und rechtzeitig informieren. Den Mainzer Ortsteilen ist im Rahmen des städtischen Haushaltes ein substantieller eigener Verfügungsrahmen zu gewähren (Zuweisung entsprechend der Einwohnerzahl), denn vor Ort können viele Entscheidungen effizienter getroffen werden.
- Wir setzen uns für öffentliche Sitzungen des Stadtvorstandes, der Gremien sowie der Aufsichtsratsgremien der stadtnahen Gesellschaften ein. Auch wichtige Gremiensitzungen sollen entsprechend der Stadtratssitzung im Internet übertragen werden (Livestream). Der Zugang zu allen öffentlichen Dokumenten der Stadt Mainz muss für interessierte Bürgerinnen und Bürger verbessert und wesentlich bekannter gemacht werden. Wir wünschen uns mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch Nutzung des Internets, z.B. für Übertragungen von politischen Veranstaltungen, Online-Abstimmungen, Foren und kollaboratives Entwerfen und Arbeiten an Lösungsvorschlägen.
- Grundsätzlich müssen Dezernentenstellen, Aufsichtsratsmitgliedschaften sowie Führungspositionen der stadtnahen Gesellschaften nach öffentlichen Ausschreibungen und einem transparenten Entscheidungsverfahren fachlich qualifiziert besetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Gemeindeordnung so zu ändern, dass auch die hauptamtlichen Beigeordneten zeitlich analog zur fünfjährigen Wahlperiode der Kommunalparlamente zu Beginn der Wahlperiode neu gewählt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass diese entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im neuen Rat politisch unterstützt werden.
- Die Verwaltung muss gestärkt werden. Unbesetzte Stellen müssen besetzt werden. Die Anliegen der Ortsbeiräte und Bürger müssen schneller umgesetzt werden.
- Das Haus des Erinnerns muss wieder sichtbar in der Stadt verortet werden.

6. Jugend und Familie

Chancengleichheit, Einführung eines Familienbeirats,

Maßnahmenpaket für die Sanierung und Aufwertung der Mainzer Jugendzentren

Einführung von kommunalen Familienbeiräten zur Verzahnung mit allen Politikfeldern.

- Familienpolitik liegt zu einem großen Teil im Gestaltungsbereich der kommunalen Selbstverwaltung. Das umfasst die Planung von Kitas bis zur Radwege- und Verkehrsplanung. Aus Sicht der ÖDP erfordert dieser Aufgabenbereich die Begleitung durch ein qualifiziertes Gremium. Ein Familienbeirat unterstützt, begleitet und berät den Stadtrat bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Kommunalpolitik. Dieser soll die Situation der Familien am Ort untersuchen und gemeinsam mit der Verwaltung einen örtlichen Familienbericht erarbeiten. Er kann z. B. Verbesserungsvorschläge für eine familienfreundliche Infrastruktur in Mainz einbringen, die Familienverträglichkeit von städtischen Beschlussvorlagen prüfen, die Förderung oder Unterstützung von Mehrgenerationenprojekten begleiten, familienorientierte Aktionen und Veranstaltungen planen, den Ausbau von Dienstleistungsangeboten für Familien fördern oder einen Ratgeber für Familien herausgeben.
- Die ÖDP steht für Chancengleichheit für Frauen und Männer ein und setzt dabei vor allem auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (ausreichend Kita-Plätze, Tagesmütter, Erziehungsgehalt, Betreuungsangebote).
- Für erforderliche Sanierungsmaßnahmen und Aufwertung der Mainzer Jugendzentren soll ein Maßnahmenplan erstellt werden. Dringende Investitionen sollen ermittelt und ggf. in einem Nachtragshaushalt eingestellt werden.
- Daseinsfürsorge und Chancengleichheit: Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Technologien haben oder wollen, sollen nicht von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Die Schließung von Orten des öffentlichen Lebens, wie Post- und Bankfilialen, etc. verringert ihre sozialen Kontakte. Bargeldterminals und Fahrkartenverkauf für den ÖPNV müssen auch für mobilitätseingeschränkte Menschen verfügbar und sicher zu erreichen sein.
- Die Integration ist für die ÖDP keine Einbahnstraße. So fordern wir auch die Ermöglichung an gesellschaftlicher Teilhabe von Zugewanderten, z.B. durch Sprachangebote.
- Angebote zur Suchtberatung sind im Hinblick auf die Liberalisierung des Cannabiskonsums zu verbessern und auszubauen.
- Fehlende Plätze in betreuten Wohneinrichtungen für psychisch Erkrankte müssen aufgestockt werden.

7. Bildung und Kultur

Gleiche Startchancen für eine gelingende Zukunft unserer Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer familiären Situation

Digitale Leitlinien für mehr Lernerfolg und besseres Wohlbefinden.

Römisches Mainz pflegen und attraktiv präsentieren

Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen.

- Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das nicht nur kostengünstige und qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten berücksichtigt, sondern besonders auch den Austausch zwischen Kita, Grundschule und weiterführender Schule intensiviert. Das heißt für uns aber

auch, dass der Fokus neben dem Thema der „Digitalisierung“ auch auf eine Aufstockung der personellen Unterstützung ausgerichtet sein muss (zweite Kraft in jeder Schulklasse). Dazu muss die Stadt als Schulträger mit dem Land, das für die personelle Ausstattung zuständig ist, ins Gespräch kommen. Wir setzen uns für ausreichend geschulte Inklusionskräfte an Schulen ein. Auch die Schulsekretariate brauchen eine ausreichende Besetzung.

- Wir setzen uns für einen Ausbau der Sozialarbeiterstellen an allen Schulformen ein. Außerdem brauchen wir IT-Manager an allen Schulen, die sowohl die Lehrerinnen und Lehrer als auch die Schülerinnen und Schüler unterstützen.
- Naturwissenschaftliche Bildung und Förderung ist enorm wichtig, um nicht abgehängt zu werden. Das kann nicht erst in der Universität beginnen und die Schulen können das auch nicht im notwendigen Maße leisten. Daher wäre es wünschenswert, wenn Initiativen, wie z.B. Repair-Café oder die Astronomische Arbeitsgemeinschaft, die Naturwissenschaft und Technik im Programm haben, entsprechend gefördert werden – auch immateriell, z.B. in Form von Räumlichkeiten. Die Angebote erfreuen sich großer Beliebtheit und schaffen Vielfalt und Lebensqualität in Mainz.
- Wir setzen uns für ein Monitoring der Digitalisierung in Mainzer Schulen ein. Nach dänischem Vorbild sollen Leitlinien zum Einsatz von Bildschirmen entwickelt werden.
- Ein zusätzliches Bindeglied zwischen Wissenschaft und Bevölkerung können dabei Akteure aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sein. Ein Beispiel ist die ehemalige Volkssternwarte, mit deren Schließung im attraktiven räumlichen Umfeld zwischen Anne-Frank-Realschule und Naturhistorischem Museum viel Potential für Synergien verschenkt wurde.
- Für erforderliche Sanierungsmaßnahmen bei den sanitären Anlagen der Mainzer Schulen wird ein Maßnahmenplan erstellt. Dringende Investitionen sollen ermittelt und ggf. in einem Nachtragshaushalt eingestellt werden. Auch die Baustellen Schulbuchausleihe und die Frische-Küchen sind endlich anzugehen.
- Das historische Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Die ÖDP setzt sich nicht nur für den Erhalt und die Pflege aller unserer römischen Denkmäler ein. Wir fordern eine würdige Präsentation dieser einzigartigen Bauwerke (römisches Bühnentheater, Römersteine, Isis-Tempel und auch weniger prominente Relikte wie z. B. Dativius-Bogen).
- Kulturangebote und Feste: Wir setzen uns für eine Existenz- und Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen wie KUZ, Stadtkino, CinéMayence etc. ein. Wir setzen uns für die Unterstützung kleinerer Kulturinitiativen ein, wie z.B. den „OllOhof“.
- Wir wollen, dass das Angebot an (vor allem rein kommerziellen) Festen in Mainz kritisch überprüft und neu konzipiert wird. Es haben sich viele Angebote zu reinen kommerziellen Events entwickelt, die teilweise für die Anwohnerinnen und Anwohner zur Belastung werden. Außerdem führt das Überangebot dazu, dass vielfach die Feste in den Stadtteilen (z.B. Kerbeveranstaltungen) kaum noch besucht werden.
- Auch das Mainzer Marktfrühstück gilt es in einem öffentlichen Diskurs neu zu bewerten. Die negativen Auswüchse der Veranstaltung in letzter Zeit sind konsequent zu bekämpfen und abzustellen. Die anliegenden Geschäfte müssen zur Veranstaltungszeit auch weiterhin zugänglich sein.
- Die ÖDP hat sich 2011 massiv gegen die damals geplante Zerschlagung der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek durch die Ampelkoalition im Mainzer Stadtrat positioniert. Dank einer von vielen Mainzer Bürgerinnen und Bürgern mit regionalen und überregionalen Vertretern der Forschung unterstützten Petition konnte die Institution erhalten bleiben. Dennoch kam es mit

Beitritt der Stadt zum Kommunalen Entschuldungsfonds zu kontinuierlichem Personalabbau und zu erheblichen Mittelreduzierungen. Dies hat den Charakter der Bibliothek, ihre Zugangsmöglichkeiten wie auch die inhaltliche Attraktivität der Kultureinrichtung für die allgemeine Nutzung, Forschung und Lehre spürbar verändert. Aus Sicht der ÖDP ist dies eine skandalöse Entwicklung für die Stadt Gutenbergs und bedenklich für die „Wissenschaftsstadt Mainz“.

- Der unübersehbare Sanierungsstau im historischen Gebäude Rheinallee 3 B für die beiden kulturellen Gedächtniseinrichtungen Stadtarchiv und Stadtbibliothek muss im Rahmen eines stadtweiten Sanierungskonzepts für alle städtischen Gebäude verstärkt in den Blick genommen werden. Schönheitsreparaturen allein können die Mängel nicht auf Dauer beheben.

8. Wirtschaft

Biotechnologie-Campus, flächeneffiziente Entwicklung von Gewerbegebieten, Unterstützung von lokalen Wirtschaftsinitiativen, sozial gerechte Arbeitsbedingungen

- Wir unterstützen das Bestreben, Mainz als führenden Biotechnologiestandort zu etablieren. Die ÖDP-Stadtratsfraktion setzt sich aber entschieden für den vollständigen Erhalt der Frischluftschneise zwischen A60, Saarstraße und dem Hochschulerweiterungsgelände B 158 und damit auch für den Erhalt der hochwertigen Ackerflächen ein. Im Landschaftsplan der Stadt liegt das Plangebiet in einer Grünzäsur und in einem der letzten großflächig landwirtschaftlich genutzten Gebiete von Mainz. Es ist Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise, und wir können uns einen solch verschwenderischen Umgang mit unseren unbebauten Flächen im Außenbereich überhaupt nicht mehr leisten. Auch wenn der Wettbewerb für den geplanten Biotechnologiecampus einige gelungene städtebauliche Entwürfe hervorbrachte, ändert dies nichts an der Tatsache, dass jede Art von Besiedelung diesen empfindlichen Naturraum zerstören wird. Im Klimanotstand haben Klimaschutz, Arten- und Umweltschutz absoluten Vorrang, ebenso eine lokale Ernährungsversorgung.
- Um im Wettbewerb bestehen zu können, brauchen wir für den Biotechnologiestandort zeitnah verfügbare, bereits erschlossene Flächen. Auch deshalb setzen wir uns für eine gewerbliche Entwicklung auf bereits versiegelten Flächen ein, die zügig entwickelt werden können. Hierfür hätte der Ideenwettbewerb Lösungsmöglichkeiten aufzeigen können. Ein Biotechnologiestandort kann auch dezentral erfolgreich sein, wie BioNTech bewiesen hat. Wir fordern daher die Verwaltung auf, Alternativen aufzuzeigen, um nicht am Ende mit leeren Händen dazustehen, wenn Gerichte dem Traum von der Biotechnologiehauptstadt ein Ende setzen.
- Auch für Gewerbegebiete muss gelten: Innenentwicklung vor Außenentwicklung z. B. durch eine kompakte, flächensparende Bauweise, die alle Umweltbelange berücksichtigt.
- Für Gewerbegebiete fordern wir ein Flächenmanagement, das vorhandene Flächenpotenziale analysiert und künftigen Gewerbeflächenbedarf ermittelt. Es sollen Nachverdichtungspotenziale von bestehenden Gewerbegebieten analysiert und die Entwicklung neuer Gewerbeflächen durch größere Flächeneffizienz flächenschonend gestaltet werden. Sie sollen bevorzugt auf Brachflächen, Leerständen, ungenutzten und bereits versiegelten Grundstücken entwickelt werden.
- Wir setzen uns für kompakte, gemischte und ökologisch nachhaltige Siedlungsstrukturen in Gewerbegebieten ein. Es soll geprüft werden, wie weit bestehende Gewerbegebiete durch eine Mischung aus Wohn-, Kultur- Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen effektiver genutzt und

aufgewertet oder weiterentwickelt werden können. Großräumige Versiegelung, die ausschließlich als PKW-Stellfläche dienen, dürfen aus unserer Sicht in Zukunft nicht mehr angelegt werden.

- Wir setzen uns für eine Zusammenarbeit der Betriebe untereinander ein, um das Potenzial gemeinsamer Nutzung von Infrastruktur und Ressourcen zu fördern. Ebenso befürworten wir eine regionale Abstimmung, bzw. eine interkommunale Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen zur gemeinsamen Entwicklung von Bauflächen anzustreben.
- Bei der Ansiedlung von Gewerbe wollen wir darauf achten, dass ein gutes Verhältnis von geschaffenen Arbeitsplätzen zum Flächenverbrauch erzielt wird.
- Start-ups mit ihren Existenzgründern haben eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Kommunen. Sie stehen häufig für Innovation und für die Positionierung neuer Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt. Seit dem Jahr 2000 gibt es in Mainz ca. 60% weniger Gründungen. Entscheidend für eine gute wirtschaftliche Entwicklung sind u.a. die Rahmenbedingungen, die die jeweilige Kommune bietet. Zwar hat die Stadt Mainz auf ihrer Webseite etliche Aktivitäten in diesem politischen Feld dokumentiert, diese scheinen aber nicht immer zu greifen oder auszureichen. Wir setzen uns für weitere Maßnahmen zur Unterstützung ein, z. B. die Etablierung einer zentralen Anlaufstelle bei der Stadt Mainz, eine finanzielle Förderung, z. B. in Form des Angebots einer mietvergünstigten Immobilie, eines CoWorkingBüros oder einer ermäßigten Gewerbesteuer ein.
- Wir bekennen uns zum Medienstandort Mainz. Dieser muss weiter ausgebaut und attraktiver gestaltet werden. Dabei genießt die Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks eine besondere Priorität. Wir schlagen die Errichtung einer Medienhochschule unter Einbeziehung der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich vor.
- Die ÖDP steht nach wie vor zum Zentrenkonzept. Wir können nicht verantworten, dass der innerstädtische Einzelhandel neben dem Onlinehandel zusätzlich durch ein breites Einkaufsangebot auf der grünen Wiese gefährdet wird. Jedoch muss für jeden Stadtteil und jedes Quartier ortsnah eine Grundversorgung mit guten Einkaufsmöglichkeiten gewährleistet sein. Eine regelmäßige Fortschreibung und Anpassung an die fortschreitende Siedlungsentwicklung ist daher unabdingbar.
- Leerstände von Geschäfts-, Gewerbe- und Büroflächen in der Innenstadt sind durch eine aktive Vermarktungs- und Vermittlungspolitik durch das Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernat zu minimieren. Es soll überprüft werden, wo und welche nicht mehr genutzten Gewerbe- oder Büroflächen in Wohnraum oder soziale Einrichtungen umgenutzt werden können. Dafür soll die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts geprüft werden.
- Der Hebesatz der Grundsteuer B wird von 480 Punkte auf 400 Punkte abgesenkt. Die Hundesteuer wird um 25% reduziert. Die verbliebenen Einnahmen sollen zweckgebunden, z.B. für notwendige Zuschüsse an das Tierheim Mainz oder für das Aufstellen von Hundekotbeutel Spendern einschließlich Mülleimern verwendet werden.

9. Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Wir fordern Notfallpläne und Cybersicherheit für Infrastruktur und städtische Systeme sowie eine bessere Ausstattung von Feuerwehr sowie im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

- Mit der zunehmenden Digitalisierung von Dienstleistungen und Infrastrukturen besteht die Gefahr von Cyber-Angriffen auf städtische Systeme. Dies kann zu Datenverlust, Betriebsstörungen oder Sicherheitsrisiken für Bürger führen. Wir fordern, unsere Infrastruktur und öffentliche Sicherheit vor Cyberattacken, Spionage und Terroranschlägen bestmöglich zu schützen. Dafür soll eine Stelle für Cybersicherheit geschaffen werden. Dort sollen Maßnahmen zur Sicherheit und dem reibungslosen Ablauf der digitalen Infrastruktur, die Schulung der Mitarbeiter, oder auch Überwachung der Netzwerke verortet sein. Dazu sollen auch krisenfeste Notfallpläne aufgestellt werden.
- Die Mainzer Berufsfeuerwehr hat immer noch zu wenig Personal. Offene Stellen müssen dringend besetzt werden. Auch die Freiwilligen Feuerwehren müssen besser unterstützt werden und ihre Arbeit, auch hinsichtlich des Einsatzes im Notfall, besser wertgeschätzt werden. Außerdem müssen die Feuerwehrrätehäuser in den Mainzer Stadtteilen wohnortnah erhalten bleiben und auf den technisch neuesten Stand gebracht werden. Notwendige Sanierungen sind zeitnah umzusetzen. Außerdem sind hierfür geeignete Flächen durch die Stadt sowie die stadtteiligen und stadtnahen Betriebe zur Verfügung zu stellen.
- Die ÖDP fordert die flächendeckende Wiedereinführung des Katastrophenalarmes als analoges Pendant zu bereits bestehenden Warnapps und geplanter SMS-Warnungen, die Stärkung der Kompetenzen für das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ sowie der „Landesämter für Zivilschutz“ und deren Weisungsbefugnis gegenüber den Städten und Landkreisen sowie als Redundanz den Erhalt und Ausbau des BOS-Analogfunks, welcher bei einem Ausfall des Digitalnetzes noch funktionieren wird. Auch die Stadt Mainz muss Maßnahmen für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie entsprechende Fortbildungen für städtische Mitarbeiter und Mandatsträger verpflichtend anbieten.

10. Bauen und Wohnen

Wohnraumschaffung muss bezahlbar sein und nachhaltiger werden. Lebensqualität, Gesundheit und Ästhetik müssen mit Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz zusammengedacht werden.

- Trotz der hohen Bautätigkeit in der Stadt sind bezahlbare Wohnungen mehr denn je Mangelware, auch der Erwerb von Wohnungseigentum ist kaum noch bezahlbar. Vor allem Familien und Senioren werden zunehmend aus Mainz herausgedrängt, weil sie keinen geeigneten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum mehr finden.
- Preisgünstige Mietwohnungen sind fast nur noch im Wohnungsbestand zu finden. Hier gilt es – auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Mietspiegel – neben Neubau von preisgünstigem Wohnraum auch den Bestand an preisgünstigem Wohnraum durch geeignete Satzungen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu modernisieren und energetisch zu sanieren. Das Umkrepeln und Nachverdichten gewachsener Wohngebiete unter dem Namen der sogenannten Aufwertung zerstört soziale Strukturen, hebt die Vergleichsmieten, und vertreibt die Mieterinnen und Mieter, die sich all dies nicht mehr leisten können. Die Stadt muss im Einzelfall auch bei drohender Luxussanierung oder Umwandlung in Eigentum von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Budget zum Erwerb entsprechender Immobilien regelmäßig dem Bedarf angepasst wird. Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist die finanzielle Stärkung der stadtnahen Wohnbau Mainz unabdingbar.

- Der Klimawandel und die Ressourcenknappheit erfordern einen konsequenten Paradigmenwechsel im Wohnungs- und Städtebau. Lebensqualität, Gesundheit und Ästhetik müssen mit Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz zusammengedacht werden. Am klimafreundlichsten ist der Wohnraum, der nicht neu gebaut werden muss. Der Erhalt, die Weiterentwicklung, der Umbau und die Umnutzung des vorhandenen Gebäudebestandes müssen Priorität bekommen, um die hohen Energie- und Stoffströme sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahme durch Neubau zu vermeiden. Wo Neubau unausweichlich ist, müssen Treibhausgasemissionen in der Bau- und Nutzungsphase sowie Ressourcen- und Flächenverbräuche auf ein Minimum gesenkt werden.
- Als Alternative zum weiteren Ausbau städtischer Wohngebiete schlägt die ÖDP vor, das Wohnen auf dem Land zu fördern. Durch die Stärkung ländlicher Gemeinden können wir dem Trend der Landflucht entgegenwirken und gleichzeitig zur Entlastung der städtischen Infrastruktur beitragen. Auch dort ist das Ziel der Erhalt und die Weiternutzung bzw. Wiederbelebung des gebauten Bestands. Hierfür gilt es die digitale und ÖPNV-Infrastruktur zu stärken und neue Homeoffice-Möglichkeiten zu nutzen.
- Wir befürworten die Umwidmung von Gewerbegebieten in Mischgebiete. Dort ist die Infrastruktur und das Potenzial für Nachverdichtung z.B. durch Aufstockungen oder Überbauen von PKW-Abstellflächen vorhanden. Die Anpassung der betreffenden Bebauungspläne sollten klimawirksame Auflagen für angemessene Begrünungsmaßnahmen und Verbindungsachsen für Rad- und Fußverkehr beinhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die für den Innenbereich analysierten Potenziale und unter Berücksichtigung aller Umweltbelange konsequent ausgeschöpft und weitere Potenziale, wie z. B. Umwidmung leerstehender Büro- und Gewerbeimmobilien ermittelt werden. Auf die Ausweisung neuer Baugebiete auf der grünen Wiese sollte entsprechend der Zielsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie weitgehend verzichtet werden.

11. Saubere Luft, weniger Lärm, weniger Müll

Stärkere Regulierung und Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung durch Industrie und Verkehr, Luftverkehr, Heizungen mit fossilen Brennstoffen statt Böller - neue Rituale an Silvester

- Die ÖDP spricht sich für ein Verbot der privaten Silvesterböllerei im gesamten Stadtgebiet aus. Als Ersatz soll ein zentrales Feuerwerk durch die Stadt ausgerichtet werden. Die Umweltbelastungen durch Feinstaub und Lärm für Mensch und Tiere ist auf Dauer nicht mehr vertretbar. Hinzu kommen die Unfallopfer, die jedes Jahr durch unsachgemäßen Umgang mit den Feuerwerkskörpern zu beklagen sind. Auch in Deutschland lehnt eine große Mehrheit die Silvesterböllerei ab. Grundsätzlich schlägt die ÖDP einen breiten gesellschaftlichen Diskurs vor, sich über neue Traditionen zum Jahreswechsel Gedanken zu machen. Denkbar wären Lasershows am Rhein und die Illumination von öffentlichen Gebäuden zum Jahreswechsel. Dies würde der gebeutelten Kunst- und Veranstaltungsbranche zugutekommen.
- Für Weisenau, Marienborn, Finthen, Gonsenheim und Mombach sind effektive, umweltverträgliche Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen der A60/A63 und der A643 zu schaffen, dazu zählt auch die kurzfristig umsetzbare Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h entlang der Wohngebiete. Wir setzen uns für die Einhausung des Autobahnabschnitts bei Marienborn im Zuge des Ausbaus der A 60 ein.

- Die Reduzierung von Feinstaubemissionen soll auch in den Bereichen Industrie, Hausbrand, Schiffs- und Flugverkehr angestrebt werden. Dazu sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
- Das Thema Fluglärm ist leider ein Dauerthema unserer Region, bei dem bislang keinerlei Besserung in Sicht ist. Wir fordern unermüdlichen und ambitionierten Einsatz der Stadtspitze um eine Reduktion der Flugbewegungen zu erreichen. Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ist nicht akzeptabel. Zudem fordern wir ein flächendeckendes Messnetz in Mainz für Ultrafeinstaub aus Flugzeugtriebwerken.
- Wir wenden uns daher auch gegen die Öffnung des Frankfurter Flughafens für Billigflieger. Der weitere Einstieg in das Low-Cost-Segment bedeutet mehr Flugbewegungen, Lärmbelästigung und Feinstaub. Wir fordern ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Ruhezeit von 22:00 - 6:00 Uhr – ohne Ausnahmen. Für sogenannte Verspätungslandungen ebenso wie für den Einsatz besonders lauter Maschinen müssen die Fluggesellschaften spürbar sanktioniert werden.

Ökologisch-Demokratische Partei – Die Naturschutzpartei (ÖDP)

Kreisverband Mainz-Stadt

Neckarstr. 27-29

55118 Mainz

Tel.: 06131/67 98 20

Fax: 06131/67 98 15

e-mail: info@oedp-mainz.de

Internet: www.oedp-mainz.de